

Eine für alle!

Bundesregierung macht Krankheit zu einem persönlichen Risiko

2007 droht den Gesetzlichen Krankenkassen eine Finanzierungslücke von bis zu 15 Milliarden Euro. Beiträge steigen um bis zu 2 Prozent. Denn die Einnahmen der Kassen verschlechtern sich. Allein durch die steigende Zahl der Arbeitslosen sind in den letzten fünf Jahren 6,5 Milliarden Euro verloren gegangen. Auf der Ausgabenseite ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer Gift für die Finanzen der Kassen.

Die Beiträge sollen zukünftig an eine zentrale Einrichtung fließen, den so genannten Gesundheitsfonds. Dieses Modell ist unsozial. Die vorgesehenen Mittel werden nicht ausreichen. Die Fehlbeträge zahlen die Versicherten - entweder durch Leistungskürzungen oder über Kopfpauschale. Die Arbeitgeber werden daran nicht beteiligt. Zukünftig sollen, wie in einem Teilkaskosystem, Wahl- und Abwahlmöglichkeiten geschaffen werden. Das ist billiger für Gesunde, aber viel teurer für Kranke. Denn Kranke können keine Leistungen abwählen. Die Richtung ist klar: CDU und SPD wollen die kollektive Absicherung im Krankheitsfall schrittweise abbauen und letztlich abschaffen.

Eine für alle, statt jeder gegen jeden

DIE LINKE. fordert die sofortige Einführung der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung,

- in der alle Bürgerinnen und Bürger Mitglied sind;
- die solidarisch zwischen Arm und Reich ausgleicht;
- mit der alle beim Arzt, in der Apotheke oder im Krankenhaus gleich behandelt werden;

- durch die sämtliche Zuzahlungen entfallen;
- deren Beiträge auf alle Einkommen erhoben werden;
- in der sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig die Beiträge teilen;
- infolge der die Privatversicherung in der bestehenden Form als Vollversicherung abgeschafft wird.

Unser Ziel ist eine einheitliche, hochwertige und wirtschaftliche Gesundheitsversorgung für alle. Das Mittel ist die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung.

Das Gesundheitssystem muss neu strukturiert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig jeder Mensch bei Bedarf ärztlich behandelt wird - egal, wie viel Geld er oder sie verdient. Um diese Solidarität herzustellen und die zukünftigen Herausforderungen bewältigen zu können, hat die Neuordnung der Beitragszahlungen oberste Priorität.

Unser Konzept sieht vor, dass alle den gleichen Prozentsatz des Arbeitseinkommens einzahlen. Wie früher sollen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmende diesen Beitrag teilen. Neben den Löhnen und Gehältern müssen auch die Einkommen aus Mieten, Zinsen und sonstigen Kapitaleinkünften zur Beitragsberechnung herangezogen werden. Außerdem sollen Beamte, Selbstständige und Gutverdiener in dieselbe Krankenkasse einzahlen wie z.B. die Beschäftigten einer Großkantine.

DIE LINKE. setzt sich hierfür als einzige Fraktion im Bundestag ein.

V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, Parlamentarischer Geschäftsführer Fraktion DIE LINKE.

BÜRGERINNENVERSICHERUNG



4444 8888 5555 0000

4539 MONTH/YEAR

MONTH/YEAR

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG